

Sparpaket stösst im Rat auf Zustimmung

ST. GALLER KANTONS RAT. Am ersten Tag der Sondersession blieben die Streichungsanträge chancenlos. Die SP-Grüne-Fraktion unterlag in allen Vorstössen gegen die Bürgerlichen. Bereits in der Eintretensdebatte kam es zu hitzigen Wortgefechten. Der Rat sprach sich nach zweistündiger Diskussion mit 92 zu 24 Stimmen für Eintreten aus.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Die grosse Überraschung blieb gestern aus: In sämtlichen Abstimmungen hatte die SP-Grüne-Fraktion das Nachsehen. Ihren Bemühungen, mit Streichanträgen Kultur, Gesundheit und Soziales vor Sparschnitten zu bewahren, war gegen die bürgerliche Übermacht kein Erfolg beschieden. Ein tiefer Graben zwischen linken und rechten Parlamentariern öffnete sich bereits in der Eintretensdebatte. Die SP-Grüne-Fraktion wollte gar nicht erst auf das dritte Sparpaket eintreten. Dessen Ziel ist es, dank 66 Sparmassnahmen eine Entlastung der Staatskasse um jährlich 150 Millionen Franken zu erreichen.

SVP will mehr Personal abbauen

Herbert Huser (SVP, Altstätten) sagte zu Beginn der Debatte, der Kanton lebe auf zu grossem Fuss. Trotz zwei Sparpaketen gebe der Kanton noch immer mehr aus, als er einnehme. Der SVP fehlten personalwirksame Massnahmen, sagte Huser. Stattdessen wolle die Regierung neue Einnahmen generieren, etwa durch zusätzliche Steuerkommissäre. Solche Massnahmen trage die SVP nicht mit.

Ganz anders tönte es aus den Reihen der SP: Die Partei hatte bereits im Vorfeld der zweitägigen Sondersession von Staatsabbau und -abbruch gesprochen. Für Peter Hartmann (SP, Flawil) sind die Steuergeschenke seit 2007 der Hauptgrund für die grossen Defizite des Kantons. Es liege nicht an den Ausgaben, widersprach Hartmann den Bürgerlichen.

Schlagabtausch ums Spital Linth

Kantonsrätin Marianne Steiner (SVP, Kaltbrunn) sprach sich für die Prüfung einer Fusion des Spitals Linth mit den Spitalern in Wil und Wattwil aus, weil eine Spitalfusion ein Sparpotenzial von 5 Millionen Franken habe. Zudem seien die Distanzen ins Toggenburg klein. Steiner sagte, die Kapazität des Spitals Linth in Uznach sei unausreichend und die Fluktuation wegen des Drucks der Spitalleitung auf das Personal sehr hoch.

Regierungsrätin Heidi Hanselmann entgegnete, das Spital Linth sei ein Vorzeigebetrieb und falle durch ein gutes Angebot und tiefe Kosten auf. Die Fluktuationsrate des Spitals sei unterdurchschnittlich. Trotz Sparmassnahmen sei

man in Uznach noch nicht so weit, zwei Patienten in ein Bett stecken zu müssen.

Standort Wattwil vor dem Aus

Weiterer Schwerpunkt war die Wirtschaftsmittelschule: Kantonsräte kritisierten die Abschaffung der Schulen in Wattwil und Heerbrugg. Die Folge dieser Sparmassnahme sei, dass Schüler aus dem Linthgebiet nach St. Gallen fahren müssten. Es wurde vorgeschlagen, den Standort der Schulen von St. Gallen auf das Land zu verlagern. Regierungsrat Stefan Kölliker hielt dies für keine gute Idee, weil die meisten Schüler aus St. Gallen stammten und weil in Wattwil die Räume fehlten, um die Schüler aufzunehmen.

Marianne Steiner hatte einen zweiten Auftritt als Sprecherin ihrer Fraktion: Sie votierte für die Abschaffung der Kommunikation der Marke «St. Gallen kann es»: Solche «Selbstgefälligkeitsprojekte» müssten zwingend dem Sparzwang unterworfen werden, meinte Steiner. Gerade in Zeiten, in denen der Gürtel enger geschnallt werden müsse und dadurch das Volk mehr belastet werde. Dem Antrag wurde mit 71 zu 39 Stimmen grünes Licht erteilt.

Silvia Kündig-Schlumpf (Grüne, Rapperswil-Jona) sprach sich gegen eine Reduktion der Beiträge an Integration und Gleichstellung aus: «Integration von Ausländern muss aktiv unterstützt werden.» Zudem könne dank dieser Stelle Kindern im Vorkindergarten und in Spielgruppen geholfen werden, sich zu integrieren. Der Antrag, diese Sparmassnahme zu streichen, wurde vom Rat deutlich abgelehnt.

Steigendes Risiko für Gemeinden

Josef Kofler (SP, Uznach) trat als Sprecher seiner Fraktion auf, um die neue Ausrichtung der Gemeindeaufsicht zu verhindern. Kofler argumentierte, dass die Aufsicht vor allem kleinere und mittlere Gemeinden unterstütze. Dabei komme der Beratung in rechtlichen Belangen eine grosse Bedeutung zu: «Diese soll auch in Zukunft erhalten bleiben», sagte Kofler. Andernfalls steige das Risiko für die Gemeinden, nicht gesetzeskonforme Entscheidungen zu treffen und für diese belangt zu werden. Sein Votum verhallte auf der anderen Ratsseite ungehört: Auch dieser Streichungsantrag wurde abgeschmettert.



Kantonsrätin Marianne Steiner kritisierte die hohen Kosten des Spitals Linth in Uznach und forderte eine Fusion mit Wattwil und Wil.



Silvia Kündig-Schlumpf wehrte sich gegen die Reduktion der Kantonsbeiträge an Integration und Gleichstellung. Bilder: Regina Kühne